Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1924

81 (13.3.1924) Morgenausgabe

Visual Library

Donnerstag, 13. März 1924. Morgenausgabe. 121. Jahrgang Nr. 81.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide"

Anzeigenberechnung: für die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Goldpfennig, auswärts 30 Goldpfennig, Reklamezeile 80 Goldpfennig, an erster Stelle 90 Goldpfennig. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12 Goldpfennig. Rabatt nach Tarif. / Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 18, Verlag Nr. 21 und 297, Schriftleitung Nr. 20, Hauptschriftleiter Nr. 19. Postscheckkonto Nr. 9547 Karlsruhe.

Chefredakt. H. v. Laer. Verantwortl. f. Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftl., badischen u. lokalen Teil: Heinr. Gerhardt; für Feuilleton: H. Weick; für „Pyramide": Karl Joho; für Inserate: H. Schriever, sämtl. in Karlsruhe. Druck u. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Rich. Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstraße 37, Telephon: Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11—12 Uhr.

Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber für Landwirtschaft u. Tierzucht

Das Rheinlandministerium.

Von **Fritz Krüger**, Geheimer Regierungsrat.

Bei allen Verhandlungen über das Geschick unseres Vaterlandes werden die Fragen der Zukunft von Rhein und Ruhr einen breiten Raum einnehmen, denn ohne Wiedergewinnung der staatlichen Hoheit über die besetzten Gebiete und ohne energischen Abbau der Besatzungskosten erscheint eine Wiedergesundung unserer Finanzen, von der jede Reparationsleistung abhängig ist, und ein erträgliches Verhältnis zu Frankreich und Belgien völlig ausgeschlossen. Wie lange aber noch die französische und belgische Wirtschaft sich ein niedergebrochenes, zahlungsunfähiges Deutsches Reich leisten können, wird der Stand der westlichen Währungen, der sich immer noch nicht bessern will, bald anzeigen.

Aber das sind Schmerzen, die uns nur mittelbar berühren! Was uns angeht, das ist die Frage, wie vertreten wir in künftigen Auseinandersetzungen unsere Interessen am besten? Und da muß es im höchsten Grade eigentümlich berühren, wenn man hört, daß in dem Augenblick, in dem vielleicht die schicksalsschwersten Verhandlungen für das Deutsche Reich beginnen, das Ministerium abgebaut werden soll, das man vor kaum einem halben Jahre aus politischen Gründen, um der rheinischen Bevölkerung den Beweis des größtmöglichsten Interesses an ihren Schmerzen zu führen, errichtet hat. Ich bin seit Jahren grundsätzlich für jede Vereinfachung in der Reichsverwaltung eingetreten und habe darum die Schaffung des nun zum Abbruch bestimmten Ministeriums nur ungern gesehen. Wenn ich mir jetzt aber die Frage vorlege, ob der Zeitpunkt für die Auflösung schon gekommen ist, dann muß ich sie aus verschiedenen Gründen mit „nein" beantworten.

Man muß sich darüber klar sein, daß die Stimmung der Bevölkerung in den besetzten rheinischen Gebieten außerordentlich gereizt ist. Die durch den Ruhrkampf hervorgerufene nervöse Spannung ist noch nicht abgeklungen, und man steht allen Berliner Regierungsmaßnahmen mit einer krankhaften Hellhörigkeit gegenüber. Welchen Eindruck wird es nun im besetzten Gebiet machen, wenn die von allen Parteien und allen Bevölkerungsschichten gewünschte und im Ruhrkampf auch geschaffene besondere Vertretung in diesem Augenblick zerschlagen wird? Ich glaube, man ist sich über die Auswirkung dieses Schrittes, durch den soviel wie nichts gespart wird, da fast alle arbeitenden Stellen bestehen bleiben müssen, nicht ganz klar. Oder man glaubt, wie so oft, sich über die Wünsche und den Willen der Bevölkerung durch Schaffung von Tatsachen hinwegsetzen zu können. Hier allerdings mit dem Unterschied, daß man es nicht mit der Bevölkerung des unbesetzten Gebiets, die ja politisch nicht derart stark ins Gewicht fällt, zu tun hat, sondern mit Volksmassen, die, wie bereits erwähnt, aufs stärkste erregt, allen möglichen feindlichen Einflüssen ausgesetzt und der staatlichen Hoheit nur sehr unvollkommen oder garnicht mehr unterworfen sind. Glaubt man wirklich, die Verhandlungen mit Frankreich aussichtsreich führen zu können, wenn es um ein Land geht, dessen Bevölkerung von ihrer Regierung stark verärgert ist? Und ist man der Meinung, durch solche Maßnahmen, wie die Auflösung der Interessenvertretung, die Bevölkerung fester an das Reich zu fesseln?

Und sollte man trotz allem zur Beseitigung des Ministeriums schreiten, wie denkt man sich die Lösung? Denn darüber, daß man die sachliche Arbeit für die besetzten, rheinischen Gebiete, die in den beiden Abteilungen des Ministeriums in mustergültiger Weise von Beamten, die bald 5 Jahre in der Materie tätig sind und vielfach dem besetzten Gebiet entstammen, bearbeitet werden, nicht einfach beseitigen kann, ist wohl jedem klar. Sollen die beiden Abteilungen wieder zum Innenministerium, bei dem sie nach Auflösung des Schatzministeriums bis zur Bildung des Rheinlandministeriums vereinigt waren, aber wohin sollen sie?

Nach einer Version, die die Spatzen von den Dächern pfeifen, streckt nun das Reichsfinanzministerium liebevoll seine Arme nach dem Rheinlandministerium aus, und zwar in dem Augenblick, in dem, wie verlautet, der Sparminister Sämisch daran geht, auch dieses Finanzministerium auf seine zweckmäßige Zusammensetzung unter die Lupe zu nehmen. Ich will davon absehen, an dieser Stelle die Frage zu erörtern, ob das Finanzministerium seiner ganzen Struktur nach noch in der Lage ist, einen so großen Apparat ohne schwerste Verdauungsstörungen in sich aufzunehmen. Ich will nur die Vereinigung beider Ministerien unter dem Gesichtswinkel betrachten, ob die Arbeiten für die besetzten, rheinischen Gebiete unter dieser Umorganisation nicht leiden. Und ich komme da zu folgenden Ergebnissen:

Die Reichsvermögensverwaltung in den besetzten, rheinischen Gebieten, die vom Rheinlandministerium ressortiert, ist geschaffen worden als Vermittelungsstelle zwischen Besatzungsbehörden und Bevölkerung. Sie sollte einerseits die gewaltigen, auf keine vertraglichen Bestimmungen gestützten Anforderungen der Besatzungsbehörden auf das erforderliche Maß zurückzuführen, andererseits aber die Bevölkerung vor allen Repressalien durch Erfüllung der Wünsche der fremden Militär- und Zivilbehörden zu schützen suchen. Diesen Aufgaben ist sie in mustergültiger Weise nachgekommen und konnte sie nachkommen, da sie sich bei allen ihren Maßnahmen nicht allein von den finanziellen, sondern auch von politischen und sittlichen Erwägungen leiten ließ. Dadurch hat sie sich nicht nur das Vertrauen und die Anerkennung der Bevölkerung im höchsten Maße, sondern auch die Duldung der Rheinlandkommission verschafft. Es ist aber klar, daß die innerpolitische Seite der Rheinlandfrage, die bisher im Vordergrunde gestanden hat und stehen mußte, zurücktreten wird, wenn die Behandlung der Geschäfte auf das Finanzministerium übergeht, wo alle diese Dinge in ganz anderer Einstellung gesehen werden.

Wenn es wahr ist, daß der Finanzminister aus Gründen, die mit der Balancierung des Haushalts zusammenhängen, die Weiterzahlung der Besatzungskosten sicher vor Wochen hat verhindern wollen — eine Gefahr, die ja glücklicher Weise jetzt überstanden zu sein scheint —, dann würde das meine Ausführungen nur stark unterstreichen. Denn die Auswirkung einer solchen Maßnahme würde dahin geführt haben, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete den stärksten Zwangsmaßnahmen der Besatzungsbehörden ausgesetzt worden wäre, daß die Feindmächte eben die nicht vom Reiche geleisteten Zahlungen einfach von der Bevölkerung eingetrieben hätten.

Und wer das rigorose Vorgehen der französischen und belgischen Behörden kennt, der kann sich ausmalen, welchen furchtbaren physischen und psychischen Qualen, die an und für sich schon zermürbte Bevölkerung ausgesetzt gewesen wäre. Hiergegen heftigsten Widerstand geleistet zu haben, ist das Verdienst eines Ressorts, das sich nicht lediglich nach den finanziellen Gesichtspunkten zu richten hat.

Und wenn diejenige Richtung, die nun einmal durchaus und durchum das Rheinlandministerium zerschlagen will, doch siegen sollte, wenn auch hier wieder einmal die schöne Geste mächtiger ist als alle staatspolitischen Erfordernisse, dann vereinige man das Ministerium mit dem Reichsinnenministerium, zu dem es seiner ganzen Einstellung nach eher gehört als zu dem zum Wasserkopf angeschwollenen Finanzministerium, von dem im übrigen die Bevölkerung der besetzten, rheinischen Gebiete nicht die erforderliche Tatkraft zur Vertretung seiner Interessen erwartet.

Heute Auflösung des Reichstags.

Neuwahlen im April.

b. Berlin, 12. März. (Eig. Drahtber.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird die Donnerstagssitzung des Reichstags die letzte dieser Legislaturperiode sein. Sie wird um 12 Uhr beginnen. Die zweite und dritte Lesung des Golddiskontbankgesetzes sowie die gesamte Abstimmung über das Postfinanzgesetz werden voraussichtlich in kurzer Zeit erledigt sein. Auch die Erklärungen der Deutschnationalen und Sozialdemokraten werden nur wenige Minuten beanspruchen, so daß man damit rechnet, daß die Auflösungserklärung des Reichstags durch den Reichskanzler Dr. Marx gegen 2 Uhr nachmittags abgegeben werden wird.

Morgen früh wird der Reichskanzler voraussichtlich auf dem Industrie- und Handelstag eine Rede halten.

b. **Berlin**, 12. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichskanzler hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wissen lassen, daß bei den Mehrheitsparteien keine Neigung besteht, ihm die Auflösung des Reichstags durch einen von ihnen ausgehenden Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Anträge der Opposition zu erleichtern, daß die Regierung aber trotzdem an der Absicht festhalte, den Reichstag aufzulösen und zwar morgen vor dem Beginn der Spezialberatung über den Notetat und die damit verbundenen Anträge. Die Auflösung würde also lediglich mit der Begründung erfolgen, daß eine Niederlage der Regierung bei der zu erwartenden Abstimmung bevorstehe.

Die sozialdemokratische Fraktion will sich heute abend mit der Frage beschäftigen, ob sie unter diesen Umständen nicht selbst die Klärung herbeiführen soll, indem sie ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Marx beantragt. Eine friedliche Lösung ist nicht mehr möglich. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich übrigens in ihrer heutigen Sitzung auch gegen ein Gesetz ausgesprochen, durch das die Wahlagitation in der Karwoche verboten werden würde. In der heutigen Spätabendsitzung will sie sich noch mit der Frage der Weiterzahlung der Diäten und der Belassung der Freifahrkarten an die Abgeordneten nach der Auflösung des Reichstags befassen. Die Koalitionsparteien sind offenbar geneigt, einer solchen Verlängerung zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß während der Karwoche Burgfrieden herrscht.

Der Sitzungsbericht vom Mittwoch.

Berlin, 12. März. Am Regierungstisch Außenminister Dr. Stresemann.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. **Düringer** (D. V.) eine Erklärung ab, in der er anerkennt, daß sein Parteifreund von Raumer zwar dem Finanzminister seinen Dank ausgesprochen, aber seine Bedenken gegen die Art der Regelung der Notverordnungen nicht verschwiegen habe. Der Redner erklärt, daß er keinerlei persönliche Vorwürfe gegen Herrn von Raumer richten wollte.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und nimmt den Gesetzentwurf über eine hypothekarische Belastung von Reichsbahngrundstücken in allen drei Lesungen an.

Es folgte die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Regelung der Kraftfahrzeuglinien. Es handelt sich um eine Vorlage des Reichsrats, wonach das Reich für seine Kraftfahrzeuglinien die Genehmigung der in Betracht kommenden Länder nachsuchen soll. Die Reichsregierung hat gegen diese Vorlage Einspruch erhoben. Der Reichstag lehnt die Vorlage in zweiter Lesung ab, so daß sich die dritte Lesung erübrigt.

Angenommen wird ein Gesetzentwurf, wonach die Zuckerung bei Weinen des Jahrganges 1922 bis 30. Juni 1924 nachgeholt werden kann.

Abg. **Esser** (Ztr.) begründet nunmehr einen Antrag, der für die Zulassung der dritten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet eintritt, damit die Fürsorgemaßnahmen, namentlich die Erwerbslosenfürsorge keine Unterbrechung erleidet.

Reichsfinanzminister Dr. Luther stimmt dem Antrag lebhaft zu, aber auch die Zulassung der ersten und zweiten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet sei erforderlich. Der dem Sachverständigenausschuß vorgelegte vorläufige **Reichshaushalt rechnet schon mit den vollen Einnahmen aus dem rheinischen und Ruhrgebiet** und mit der vollen Entfaltung des deutschen Wirtschaftslebens. Es sei unklar, wie man vom Reich Reparationsleistungen verlangen könne, wenn man ihm nicht die nötige Finanzgrundlage sichere.

Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die

Ausprägung neuer Silbermünzen

zu 1, 2 und 3 Mk. Das Mischungsverhältnis soll 500 Teile Silber und 500 Teile Kupfer betragen. Auf den Kopf der Bevölkerung sollen 5 Mk. berechnet werden. In einer Entschließung wird mit Rücksicht auf die Zahlungsnot gefordert, daß die neuen Silbermünzen möglichst bald in größerer Menge geliefert werden.

Abg. **Helfferich** (D.-N.) hält es für wünschenswert, daß die kleinen Papierscheine bald durch Hartgeld ersetzt werden sollen. Es genüge aber die Prägung von 1 und 2 Markstücken. Der Redner beantragte an Stelle der Goldmark die Rentenmark zu setzen und sie als gesetzliches Zahlungsmittel zu erklären.

Über diese Frage entspinnt sich eine lebhafte Auseinandersetzung.

Reichsfinanzminister Dr. **Luther** erklärt, die Rentenmark könne nicht mit einem Mal zu einem Währungsgeld gemacht werden. Währungsgeld bleibe die Papiermark. Tatsächlich habe sich eine feste Beziehung im Verkehr herausgestellt und es werde abzuwarten sein, ob nicht zu gegebener Zeit darüber ein Gesetz einzubringen sei.

Der Gesetzentwurf wird darauf unter Ablehnung aller Anträge in der Ausschußfassung angenommen und zwar in zweiter und dritter Lesung, ebenso die Entschließung.

Angenommen wird in allen drei Lesungen ein Antrag aller Parteien auf

Änderung des Reichswahlgesetzes.

Es sollen von nun die Wahlkreisvorschläge von mindestens 500 statt wie bisher von 20 Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein, jedoch sollen 20 genügen, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Wahlvorschlages sind.

Es folgt die zweite Lesung des

Reichspostfinanzgesetzes,

durch welches die Reichspostverwaltung selbständig gemacht wird. Die Vertreter Bayerns und Württembergs erklären, daß sie der Vorlage gegenüber sich alle Rechte vorbehalten werden.

Abg. **Bruhn** (D.N.) teilt mit, daß die Deutschnationale Volkspartei Bedenken gegen den Gesetzentwurf habe, weil die Rechte des Reichstags erheblich geschmälert und er keinen Einfluß mehr auf die Tarifgestaltung erhalten werde. Das Verschwinden des Verkehrsbeirats sei zu begrüßen.

Abg. **Lang** (B. Vp.) fordert noch einmal Prüfung der Entschädigungsfrage für Bayern. Man könne Bayern nicht zumuten, daß es seine Post für nichts hergebe. Die Bayerische Volkspartei lehne den Entwurf ab.

Abg. **Henning** (D. Vk.) hält die Selbständigkeit der Post für nicht erforderlich, eher für schädlich. Der Redner tritt für die Ansprüche Bayerns und Württembergs ein, lehnt aber die Miteigentumsrechte der beiden Länder ab.

Abg. **André** (Ztr.) fordert ebenfalls Wahrung der Rechte Bayerns u. Württembergs. Preußen solle seine Übermacht im Reichsrat nicht benutzen, die Rechte der süddeutschen Staaten zu schmälern.

Abg. **Steinkopf** (Soz.) erwartet vom Minister die Aufrechterhaltung der einheitlichen Postverwaltung. Der Redner warnt davor, die Reichspost in Privathand übergehen zu lassen.

Abg. **Gothein** (Dem.) wünscht, daß der Postbetrieb wieder ein Musterbetrieb wird. Die Herren aus Bayern und Württemberg sehen Gespenster.

Reichspostminister Dr. **Höfle**: die Befürchtungen Bayerns und Württembergs seien unbegründet.

Die Vorlage wird darauf angenommen mit dem Antrag der Deutschnationalen, wonach die Beamten der Post Reichsbeamte sind.

Die Annahme erfolgt auch in dritter Lesung.

Die Schlußabstimmung wird auf Donnerstag vertagt, da es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handele.

Es folgt die zweite Beratung des deutschnationalen Antrages, gleichzeitig mit den Reichstagswahlen die

Neuwahl des Reichspräsidenten

stattfinden zu lassen. Nach Art. 180 der Verfassung bekleidet der gegenwärtige Reichspräsident sein Amt bis 30. Juni 1926.

Nach kurzer Empfehlung des Antrags durch den Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) gibt Vizekanzler Dr. Jarres eine Erklärung ab, in der darauf hingewiesen wird, daß der Reichspräsident wiederholt auf Neuwahl gedrängt habe.

Schließlich wurde beschlossen, daß

sein Amt bis 30. Juni 1925

dauern soll. Seither sind keine Umstände hervorgetreten, die plötzlich eine Aenderung notwendig machen könnten. Die Regierung könne nicht glauben, daß der Reichstag nun sprunghaft seinen Willen ändern wolle. Ganz ungeeignet scheine die Verbindung der Reichstagswahlen mit der Wahl des Reichspräsidenten. Die Stellung des Reichspräsidenten soll gegenüber dem Reichstag nach der Verfassung eine unabhängige und dem Wahlkampf entrückt sein. Die Regierung bitte daher um Ablehnung des Antrages.

Der Antrag wird abgelehnt.

Letzte Nachtdienstmeldungen siehe Seite 3.

Der Notetat wird in dritter Lesung angenommen und bis zum 15. Juni verlängert. Die Gesamtabstimmung findet am Donnerstag statt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr: Tagesordnung:

Abstimmungsantrag, den 12. April zum öffentlichen Ruhetag zu erklären, an ihm aber Löhne und Gehälter auszubezahlen; ein Antrag der Zentrumspartei,

die Reichstagswahlen am 12. April stattfinden zu lassen,

ferner ein Antrag, daß während der Osterzeit vom 13. bis 21. April keine Parteiversammlungen stattfinden sollen.

Anträge zum Ermächtigungsgesetz.

Schluß nach 8 Uhr.

*

Berlin, 12. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm heute den Gesetzentwurf über die Golddiskontbank mit einigen Änderungen an, ebenso den Gesetzentwurf über Änderung des Bankgesetzes.

Weitere Fragen der Verteidiger an Kahr.

Nachmittagssitzung.

München, 12. März. In der Nachmittagssitzung wurde zunächst ein Schreiben des Wehrkreiskommandos 7 verlesen, daß dort niemals ein Befehl ausgearbeitet oder ausgegeben wurde über einen Vormarsch nach Berlin.

Dann wurde die

Vernehmung des Zeugen Dr. von Kahr

fortgesetzt.

Auf eine Frage der Verteidigung, ob Kahr wisse, daß Professor Hermann Bauer in den Wochen vor dem 6. November wiederholt in öffentlichen Versammlungen von einem Marsch nach Berlin gesprochen habe, erklärte Dr. von Kahr, er wisse nur, daß Bauer das unglückliche Wort geprägt habe: „Nicht los von Berlin, sondern auf nach Berlin!".

Auf eine Frage, ob er einem Major Schüller aus Würzburg erklärt habe, es gäbe jetzt nur noch einen gemeinsamen Weg nach Berlin, lehnte von Kahr eine Antwort ab, worauf der Vorsitzende bemerkte, ob der Zeuge erklären wolle, daß er niemals den Marsch nach Berlin propagiert habe und alle derartigen Fragen daher keinen Zweck haben.

Kahr antwortete: „Jawohl, diese Fragen haben keinen Zweck!"

Rechtsanwalt Dr. Holl wandte ein, es sei aber gerade

der springende Punkt des Prozesses

nachzuweisen, daß die drei Männer Kahr, Lossow, Seisser, tatsächlich den Gedanken eines Marsches nach Berlin gehabt haben. Die Verteidigung werde eine ganze Reihe von Zeugen aufmarschieren lassen, denen gegenüber die Worte vom Marsch nach Berlin tatsächlich gefallen sind.

Rechtsanwalt Holl kam dann auf eine vom Vertreter Kahrs, Oberregierungsrat Aufstoß, am 20. Oktober gehaltene Rede, worin es hieß, Kahr sitze mit der Lunte am offenen Pulverfaß, er habe dem Reichsarbeitsminister Brauns erklärt, seine Anwesenheit in München sei nicht weiter erwünscht. Auch die Erzbergermörder würden nie ausgeliefert werden. Wie komme der stellvertretende Generalstaatskommissar zu einer solchen Rede? Kahr erwiderte, er habe Aufstoß selbstverständlich keinen Auftrag gegeben, eine derartige Rede zu halten. Im übrigen behauptete Aufstoß, daß diese Rede eine Fälschung sei. Ein Verteidiger erklärte, die Rede sei von einem Sohne Aufstoß in der Infanterieschule verbreitet worden.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Holl, ob Lossow am Vormittag des 9. November gesagt habe „Wir wollten ja den Staatsstreich machen, lediglich über den Zeitpunkt des Losschlagens waren wir nicht einig!" erwiderte Kahr, wenn diese Erklärung im Sinne einer militärischen Aktion gedacht sein sollte, was ich für ausgeschlossen halte, könnte ich sich nicht decken.

Eine Reihe weiterer Fragen der Verteidigung und auch von Hitler ließ der Vorsitzende nicht zu, da sie mit dem Prozeßstoff nichts zu tun haben.

Auf eine Frage, wie sich Kahr

den Druck auf den Reichspräsidenten

hinsichtlich des Direktoriums gedacht habe und was er getan hätte, wenn Ebert auf solche Pläne überhaupt nicht eingegangen wäre, stellte Kahr fest, daß man gehofft habe, es werde gelingen, das Direktorium auf legalem Wege nach Art. 48 der Reichsverfassung zu erreichen.

Andere Fragen seien überhaupt nicht besprochen worden. Kahr bestreitet, daß er den Zeitpunkt des Losschlagens bestimmt haben sollte.

Auf eine Frage, ob nicht auch von einer neuen preußischen Regierung die Rede gewesen sei, erklärte Kahr, daß eine derartige Umwandlung der Reichsregierung auch einen Rückschlag auf die preußische Regierung gehabt hätte.

Auf die Frage, ob er der Meinung sei, daß ein Staatsstreich in dem Sinne, wie er aufgefaßt wurde, eine „legale Aktion" sei, sagte Kahr: „Was geplant war, war als eine legale Aktion geplant!"

Justizrat Schramm: „Also gibt es

auch einen legalen Staatsstreich!"

Kahr entgegnet, der Druck der Gewerkschaften könne auch als Staatsstreich bezeichnet werden

Kahr teilte weiter mit, daß ihm von General Seeckt militärische Hilfe angeboten worden sei. er habe aber dafür gedankt, weil er sie nicht mehr benötigte. Beim Druck auf die maßgebenden Faktoren hätte die

Landwirtschaft und Industrie eine sehr wichtige Rolle gespielt.

Die Aktion sollte im Zusammenwirken der wirtschaftlichen Faktoren mit den amtlichen Stellen durchgeführt werden. Im übrigen wäre die Errichtung eines Direktoriums in erster Linie von den norddeutschen Kreisen zu betreiben gewesen. Ueber eine Beteiligung der Reichswehr sei überhaupt nicht gesprochen worden. Wie die Sache im Einzelnen durchgeführt würde, wäre Sache der Herren im Norden gewesen.

Auf eine Bemerkung des Justizrats Kohl, daß von Kahr über alles das keine Mitteilung mache, was wesentlich sei, betonte der Vorsitzende, der Zeuge sei eben nur für bestimmte Thematas vom Amtsgeheimnis entbunden.

Kahr erklärt u. a. auf weitere Fragen, über das Direktorium habe er u. a. mit Minoux gesprochen, der ausdrücklich erklärt habe, daß eine gewaltsame Aktion nicht in Frage komme, dann mit Tirpitz und Scheer.

Zwei Verteidiger behaupteten dann, Kahr habe in der Nacht zum 11. November in der Infanteriekaserne dem Justizrat Zetzwitz gesagt: „Hitler und ich haben an sich das Gleiche gewollt. Hitler hätte nur noch ein bißchen warten sollen. Hitler ist nur vorgeprellt".

Kahr lehnte es aber ab, gesagt zu haben, daß Hitler und er dasselbe gewollt hätte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung ersucht Rechtsanwalt Holl den Vorsitzenden,

zwischen Pöhner und Kahr eine Konfrontation

vorzunehmen.

Wegen der Unterhaltung der Beiden über die beabsichtigte Ernennung eines Zivilkommissars erklärt Kahr, er habe zu Poehner davon gesprochen, daß in Sachsen und Thüringen die Ordnung wieder hergestellt werden müsse. Ob er den Ausdruck „Aufräumen" gebraucht habe, wisse er nicht mehr.

Auf Aufforderung des Gerichtsvorsitzenden trat Poehner vor und schilderte, daß er im Auftrage Ehrhardts um eine Aussprache ersucht habe. Poehner will sich genau erinnern, daß von Kahr der Ausdruck „Zivilgouverneur in Sachsen und Thüringen" gefallen sei, er habe sich unter dieser Stellung nichts Rechtes denken können. Er habe Kahr wiederholt gefragt, was denn eigentlich seine Funktion sein solle als Gouverneur und daß er für diese „politischen Lächerlichkeiten" kein Interesse mehr habe. Kahr habe erwidert, es sei durchaus keine geringfügige Aufgabe.

Der Zeuge Kahr erklärt dazu, er sei von Anfang an immer von der Annahme ausgegangen, daß es sich um eine Verwendung der Reichswehr in Mitteldeutschland auf Ruf des Reichswehrministeriums handle und für diesen Fall der Reichswehr ein Kommissar zur Seite gestellt werde. Im übrigen habe er Poehner gesagt, die Sache eile nicht, weil der Aufruf des Reichswehrministeriums noch nicht geschehen sei.

Im weiteren kommt es zu einer Gegenüberstellung mit Frick und Poehner wegen der Sache der Bestellung eines Zivilkommissars für Sachsen und Thüringen. Es ergibt sich aber dabei nichts besonders Bemerkenswertes.

Da auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt wurde, daß noch weitere Fragenkomplexe an Herrn v. Kahr zu richten seien, vertagt der Vorsitzende die Sitzung. Der zweite Staatsanwalt ersuchte, morgen den Rechtsanwalt Dr. Nußbaum als Zeugen über die Geiselnverhaftung zu vernehmen, da Nußbaum eine unaufschiebbare Reise vorhabe.

Von der Verteidigung wird Einspruch erhoben, daß die Vernehmung Kahrs noch einmal unterbrochen werde. Hitler erklärt, die Vernehmung Nußbaums über die Angelegenheit der Geiselnverhaftung sei überflüssig, da die Verhaftung selbst von ihm zugegeben werde, und er bereits erklärt habe, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, an diesem Abend noch die Geiseln freizulassen, weil sie sonst von der wütenden Volksmenge erschlagen worden wären. Ludendorff erklärt, er habe die Geiseln nur beim Herausgehen gesehen. Er sei schon im Kriege kein Freund von Verhaftung von Geiseln gewesen, weil man nie wisse, was man mit ihnen machen solle. In diesem Falle aber wäre es verfehlt gewesen, sie zu entlassen aus den von Hitler angeführten Gründen.

Gegen 7 Uhr wurde die Sitzung auf Donnerstag 9 Uhr vertagt, nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, daß über die Vernehmung des Nußbaum noch Beschluß gefaßt werden wird.

Poincaré und der Franken.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Es ist wahrscheinlich, daß heute in Paris die Senatsdebatte über die bekannten Anträge der Regierung Poincaré, besonders über die Forderung nach einem Ermächtigungsgesetz beginnt. Damit schlägt die Entscheidungsstunde für Herrn Poincaré. Es ist sicher kein Zufall, daß die vorgestern begonnene leichte Verbesserung des Frankenkurses gerade jetzt eingesetzt hat, denn ohne Zweifel ist es für Herrn Poincaré sehr erwünscht, wenn eine auch nur vorübergehende Welle des Optimismus im Publikum es dem Senat schwer macht, gerade in dem Augenblick neuer keimender Hoffnung den Sturz des Ministerpräsidenten herbeizuführen. In London, wo man die Pariser Ereignisse mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, stellt man fest, daß die Besserung des Franken auf eine künstliche, von Paris ausgegangene Stützungsaktion zurückzuführen ist. Man spricht von einem Kredit von 4 Millionen Pfund, den die Bank von Frankreich von einigen Londoner Banken erhalten habe, während Reuter Andeutungen über amerikanische Kredite von 10 Millionen Pfund macht. Uebereinstimmend wird jedoch betont, daß die Unterstützungsaktion nur einen vorübergehenden Erfolg habe und daß sie einen weiteren Sturz der französischen Währung nicht würde aufhalten können, wenn das französische Budget nicht auf eine gesunde Grundlage gestellt werde, was nach der „Westminster Gazette" von Frankreichs Haltung zur Reparations- und Ruhrfrage abhängt.

In Paris versuchen einige Organe des Quai d'Orsay, die Stimmung angesichts der leichten Frankenbesserung kräftig anzufachen. Als Hauptargument für die neue Hoffnung wird die Hilfe der amerikanischen Regierung im Kampfe zur Stützung des Franken angeführt. Es wird darauf hingewiesen, daß London und Neuyork große Kredite zur Verfügung gestellt haben. Nach den letzten Nachrichten sollen, dem „Petit Parisien" zufolge, die amerikanischen Regierungskreise die Absicht haben, dem künstlichen Druck auf den Franken ein Ende zu machen. Die Baissebewegung, die von Amsterdam und Mailand ausgegangen sei, soll durch Neuyork aufgehalten werden. Der „Petit Parisien" gibt — offenbar im Auftrag Poincarés — in auffallendem Drucke in seiner gestrigen Abendausgabe der Hoffnung Ausdruck, daß Amerika seine Liebe zu Frankreich von jetzt ab auch anders als nur durch Worte beweisen werde. Amerika solle zu Hilfe kommen, wie es das im Kriege getan habe.

Londoner Urteile über die Frankenkrise.

London, 12. März. Der Chefredakteur der „Daily News" schreibt, der Franken habe gestern beträchtlich günstiger dagestanden, wohl infolge der Tatsache, daß Maßnahmen zu seinem Schutze in London vereinbart worden seien. Größere Kredite seien zwischen der Bank von Frankreich und der Londoner Bank nicht vereinbart worden. Die Gesamtsumme sei auf vier Millionen Pfund Sterling und einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten angegeben worden. Die „Times" schreiben in ihrem Finanzteil, die Verbesserung des Franken sei teilweise auf die Vereinbarung gewisser Londoner Kredite im Auftrage französischer Interessenten zurückzuführen. Kredite seien natürlich kein Heilmittel für eine entwertete Währung, und die Wiederherstellung der französischen Finanzen werde ein langsamer und schwieriger Prozeß sein.

Deutsches Reich

Wieder Silbergeld.

Berlin, 12. März. Im Haushaltsausschuß des Reichstages, der gestern den Gesetzentwurf über die Ausprägung neuer Reichssilbermünzen weiter behandelte, gab Geheimrat Norden, der Dezernent der Währungsabteilung des Reichsfinanzministeriums, eine Uebersicht über den Rückgang im Umlauf des Notgeldes. Der Umlauf gegenüber Dezember 1923 ist zurückgegangen, und zwar von insgesamt zirka 815 Millionen Goldmark auf 380 Millionen Goldmark. Geheimrat Norden teilte weiter mit, daß das Reich sich bereits den ganzen Betrag an Silber für die Ausprägung auf der Grundlage von 500 Fein gesichert habe. Jedes Hinausgehen über diesen Feingehalt würde zu der Notwendigkeit führen, Silber im Auslande zu kaufen, was bei unserer Devisenlage nicht verantwortet werden könne. Weiter wurde von dem Ausschuß ein Antrag angenommen, demzufolge in § 1 der Vorlage ausdrücklich eine Bestimmung aufgenommen wird, daß Silbermünzen nur in demselben Maße in den Verkehr gegeben werden dürfen, in welchem andere Zahlungsmittel dauernd aus dem Verkehr zurückgezogen werden. Auch wurde ein Antrag angenommen, wonach der Gesamtbetrag an neuen Reichssilbermünzen, der bis auf weiteres 5 M auf den Kopf der Bevölkerung des Reiches nicht übersteigen soll, nur mit Zustimmung des Reichsrates und des Ausschusses des Reichstages bis auf 10 M erhöht werden darf. Ohne weitere Veränderungen wurde hierauf die Vorlage vom Ausschuß genehmigt.

Die Dezentralisation der Reichsbahnverwaltung.

Berlin, 12. März. Gestern trat im Reichsverkehrsministerium der zu gleichen Teilen aus Vertretern der Reichsbahnverwaltung und des Reichsbahnpersonals bestehende Organisationsausschuß unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Kumbier zu einer Sitzung zusammen. Der Reichsverkehrsminister machte ausführliche Mitteilungen über den Stand der Neuorganisation der Reichsbahn und die in Aussicht genommenen weiteren Maßnahmen, besonders bezüglich einer Dezentralisation der Geschäfte. In der Aussprache wurden von verschiedenen Seiten Bedenken geltend gemacht, daß politische Rücksichten zum Schaden der Sache bei der Neuordnung der Reichsbahn in den Vordergrund treten könnten. Des weiteren wurde die Notwendigkeit einer neuen Verkehrswerbung zur Hebung der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn

Stille.

Liebe Stille, wie umfängst du mich
Lächelnd traut und innig mütterlich,
Machst zur Welt die Türe leise zu,
Daß ich sei in einer guten Ruh!

Eine Stunde nur so jeden Tag,
Da ich mir allein gehören mag
Und von alten, lieben Schätzen still
Einsam und erinnernd träumen will!

Hilde Kirsch.

Daheim!

Von O. Weigert.

Die Welt draußen hat mich für Augenblicke frei gegeben. So darf ich mir gehören. Ich bin daheim. Und es ist so nötig, daß man's alltäglich ist, man kommt wieder ins Gleichgewicht. Ich schreite durch meine Stube, und all die Sachen und Sächelchen um mich her, sie kommen vertraulich, heimelig zu mir her, sie sprechen mich an, und sie freuen sich, daß ich da bin. Wir sind auch alte Bekannte, und Jahre, eine schöne Zahl von Jahren schon sind sie mit mir gegangen durch der Zeiten Lauf, und enger und enger sind wir verbunden worden. Die alten lieben Möbel — ob modern oder nicht, was kümmert's mich! Freunde werden gern miteinander alt und altmodisch — sie geben sich alle Mühe, mir den viereckigen, vom Maurer erstellten Hohlraum zum „Heim" zu machen. Und sie bringen's fertig, weil sie mich kennen, mich und meine inneren Ansprüche. Wir haben oft schon zusammen beraten, wie wir eine mollige Harmonie des Raums schaffen könnten. Und wie sind sie mir immer dabei entgegengekommen. Nein, andere könnten's nicht so, meine ich. Ihre Art ist mir nun mal vertraut.

Und meine andern Freunde dort an den Wänden entlang, die Bilder mit ihrem sonstigen mitschmückenden Anhang. Alte Vertraute aus den ersten Tagen meines Heims, und ganz alte aus dem Elternhaus, dann wieder jüngere, die sich erst in den letzten Zeiten dazu gefunden. Aber nein! Wie sie sich herrlich vertragen, und jedesmal, wenn ich heimkomme, wissen sie mir einen sonnig-freundlichen Willkomm zu bieten. — Nicht gar selten haben sie frohe Wanderlaune. Sie möchten bald dahin, bald dorthin, sich ein vorteilhafteres Plätzchen im Zimmer auszusuchen. Und warum soll ich ihnen den Gefallen nicht tun? Aber wie es so geht, der Wandertrieb steckt an. Da kommen auch gleich ihre andern Zimmergenossen, die kleineren Möbelstücke, die Eckensteher und Lückenfüller, ja selbst die größeren möchten sich anschließen. Dann gibt's ein fröhliches Durcheinanderwünschen: dahin! nein, dorthin! oder vielleicht hier? — Und es ist drollig, wie ich nun dazwischenstehe mit meiner Gutmütigkeit und jedem gerecht zu werden wünsche. Ein Rücken und Schieben und Wandern beginnt. Auf einmal gibt's ein Chaos. Aber wie sie mir nun dabei zu helfen gewillt sind, Sonderwünsche werden zurückgestellt, auf daß wieder etwas Harmonisches daraus werde. Und siehe da! Es wird jedesmal wieder, was es war, ein liebes Heim. Warum auch nicht? Die alten Freunde sind ja immer noch da, nur schauen sie mich von einer andern Seite an, und — wie das Wandern doch alles auffrischt! — jedesmal mit mehr Lachen und Freuden und mit gehobener Traulichkeit.

Und nun sitze ich da, mein lieber, gemütvoller Fenstersessel will mir's besonders behaglich machen, und durch die frisch gewaschenen Gardinen schickt mir der Himmel noch als Extragabe einen alles verklärenden Sonnengruß. Die ganze Stube frohlockt. Ach, Sonnenschein! — Ich sitze und unterhalte mich mit ästhetisch prüfenden Blicken mit meinem Heim, und Wohlgefallen antwortet mir. Die Wohnung, ja sie ist so recht das äußere Kleid, das mich umhüllt. Und dieses Kleid muß mir auf den Leib geschnitten, muß meiner geistig-seelischen Gestalt angepaßt sein, gleichwie ein gutsitzender Anzug dem Körper. In beiden Fällen erfüllt mich Wohligkeit. — In die heimelige Stille um mich her schickt nun noch die Wanduhr ihr rhythmisch-wohltuendes Tick-Tack, und es wiegt mich vollends in — Wunschlosigkeit. — — Daheim! — — —

Abend! — — Er sammelt uns alle um den Tisch, alle, wie sie sich zur Familie, zur Häuslichkeit zählen. Die Dämmerung, ein sonst traulicher Gast, doch wenn sie zu aufdringlich wird und die stillen Stubengenossen an den Wänden und in fensterentlegenen Winkeln immer dichter verschleiert, da fühlen diese sich nicht mehr gebührend gewürdigt und sie mahnen energisch die Tischlampe an ihre Pflicht. Es blitzt auf! — ein Lichtschein erfüllt die Stube. Die Aufdringliche ist verscheucht. Dafür geben sich nun die alten, lieben Wohnlichkeitsschaffer um uns her doppelt Mühe, sich ins Gemüt ihrer Herrschaft einzuschmeicheln. Wie im Schoß molligster Behaglichkeit gebettet, sitzen wir in unserem Wohnraum.

Ich darf es jetzt in gesteigertem Maße empfinden was es alles in sich birgt, das kleine Wörtchen „daheim". Doch wie? Soll's aber das äußere Kleid für mein geistiges Ich allein sein, was ich mein Heim nenne? Nein! Geteilte Freude ist doppelte Freude, geteiltes Leben ist doppeltes Leben! Ja, ich lebe nur ganz daheim, wenn ich in Gemeinsamkeit Geist und Gemüt labe, wenn auch die, die zu mir gehören, daran teilnehmen. Und seht doch! Auch die Einrichtungsdinge um uns wissen das, fühlen das, und sie tragen erhöht zur Heimeligkeit des Raums bei, wo verwandte Seelen sich zueinander zu finden suchen. Mir scheint, sie tragen damit nur eine Schuld des Dankes ab, dafür nämlich, daß ihnen vonseiten der Wohnungsinhaber zarte Aufmerksamkeit zuteil wird und ihnen eine besondere Bedeutung als Mithelfer und Ausgestalter der Schönheit des Lebens zugemessen wird. O, sie haben ein fein Empfinden all diese dienenden und schmückenden Dinge und Dingelchen in unserem Heim. Sie fühlen die sorgende, weiche Frauenhand, die ihrer pflegt, wie sie dankbar es aufnehmen, daß man sich ihnen mit künstlerisch anordnenden Absichten nähert. — Wo so gemeinsame Feinfühligkeit dem Heim zuteil wird, da schenkt es dafür auch seinen Pflegern aufheiternde Gemütsverfassung, Wohligkeit, Zufriedenheit und nicht zuletzt eine gewisse Höhereinstellung des Daheims. — —

„Ich bin so gern, so gern daheim!" — Welch ein Segen könnte aus diesem Bekenntnis, wenn es aus vieler, aus recht vieler Herzen warm und beglückt herausquölle, für ein ganzes Volk erwachsen! Ob nicht darin ein Problem verborgen liegt, einer heute voll unerfülltem Sehnen bewegten Menschheit aufzuhelfen? — „Mehr Heimfreude tut not!" so klingt's aus vielerlei Verzerrungen unseres Volkslebens heraus, wie sie uns da und dort entgegenschauen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Golddiskontobank.

Von Rechtsanwalt Dr. **Curtius**, Berlin, M. d. R.

Das am Samstag im Hauptausschuß des Reichstags vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht dargelegte Golddiskontbankprojekt weicht von allen, durch die Presse angekündigten Projekten in den wesentlichen Zügen ab. Mehrere Diskussionsredner haben mit Recht darauf hingewiesen, welche Gefahren durch die irreführenden Presseveröffentlichungen der letzten Zeit für das Zustandekommen des Projektes heraufbeschworen sind. Es mag zwar richtig sein, daß diese Veröffentlichungen in der Hauptsache auf Informationen der Gegenseite beruhten. Dennoch wäre es möglich gewesen, bei Wahrung aller Diskretionspflicht, von deutscher Seite die deutsche Oeffentlichkeit auf die richtige Fährte zu lenken und zu verhindern, daß durch falsche Annahmen das Projekt von Anfang an diskreditiert wurde. Umso notwendiger ist es aber jetzt nach der eingehenden Besprechung im Hauptausschuß ganz klar die Grundlagen des neuen Planes herauszustellen.

Kapitalmangel, Kreditnot und Golddiskontbank.

Ausgangspunkt des Projektes ist der Kapitalschwund der deutschen Wirtschaft und die ungeheure Kreditnot der Gegenwart. In der Binnenwirtschaft sind in erster Linie Reichsbank und Rentenbank zur Befriedigung des Kredites da. Wegen der Gefahr der Inflation kann aber dieser Kredit nur vorsichtig dosiert werden. Ausländischer Kredit, insbesondere Realkredit, steht nur in geringem Umfang und gegen ungeheure Zinsen (24 Prozent) zur Verfügung. Konstruktive und organisatorische Hilfsmittel, wie etwa die Kreditgeschäfte zwischen Düngemittel-Industrie und Landwirtschaft, sind zwar nachahmenswert, werden aber nur auf bestimmten Gebieten Erfolg haben, sind auch schwer ins Leben zu rufen.

Noch ungünstiger steht es mit der Befriedigung des Kreditbedürfnisses unseres Außenhandels. Unsere Handelsbilanz ist „kolossal passiv". Mit Drosselung der Einfuhr kommen wir nicht weiter. Sie führt zur Erdrosselung der Wirtschaft. Manche Handelszweige genießen ausländische Privatkredite. Im ganzen aber ist die Befruchtung durch diese noch sehr gering. An öffentlichen Krediten läuft nur das holländische Kreditabkommen. Dieses kann nicht verdoppelt werden. Alle Bemühungen, die nach anderen Richtungen hin unternommen sind, sind bisher gescheitert. Die in Holland errichteten Gemeinschaftsunternehmungen holländischer und deutscher Banken vermitteln nur zum Teil Warengeschäfte, dienen in der Hauptsache vielmehr Finanztransaktionen. Nach einem neuen Weg brauchte man sich dann nicht umzuschauen, wenn die deutsche Wirtschaft aus eigener Kraft schon wieder in der Lage wäre, den Import aus ihren Devisen zu decken. Dies ist aber, wie bekannt, keineswegs der Fall. Die Anforderungen an den Devisenmarkt wachsen von Tag zu Tag in besorgniserregender Weise. Rasches Handeln ist deshalb notwendig.

Der Reichsbankpräsident hat von Anfang seiner Tätigkeit an den Plan verfolgt, ausländischen Kredit durch das Mittel einer Bankgründung zu beschaffen, weil er keinen anderen Ausweg mehr sah. Dieser Weg hat jetzt zum Ziele geführt. Wenn der im Hauptausschuß entwickelte Plan verwirklicht wird, stehen der deutschen Wirtschaft Valutenkredite in Höhe von 500 000 000 Goldmark, darunter direkte ausländische Kredite in Höhe von 300 000 000 Goldmark zur Verfügung. Die Kosten dieses Kredites sind mäßig. Als Gegenleistung werden keinerlei politische Forderungen erhoben. Die Bank, durch die das ganze Geschäft finanziert wird, wird eine Abteilung der Reichsbank. Verwaltung und Aufsichtsrat sind ganz in deutschen Händen.

Rentenmark und Golddiskontbank.

Rentenmark und Papiermark sind zwar nicht rechtlich, wohl aber tatsächlich miteinander verkoppelt. Rutscht die Papiermirk weiter ab, so ist das Abrutschen der Rentenmark unvermeidlich. Die Gefahr einer Heraufsetzung des Dollarkurses wird aber immer drohender, je stärker die Anforderungen am Devisenmarkt werden und je weniger es möglich ist, diese Anforderungen zu befriedigen. Laufen die Dinge noch einige Wochen weiter, so tritt das ein, was im Interesse der deutschen Wirtschaft und des gesamten deutschen Volkes unter allen Umständen vermieden werden muß, nämlich eine neue Zerrüttung unserer Währung.

Dieser Gefahr beugt das Golddiskontbank-Projekt vor. Die Hereinnahme der Devisen, der ausländische Kredit, der hier zur Verfügung gestellt wird, entlasten unmittelbar die deutsche Währung. Nach den bestimmten Erklärungen des Reichsbankpräsidenten wird bei dem Zustandekommen seines Projektes die Rentenmark bis zum Zustandekommen der endgültigen Währungsreform unter allen Umständen gehalten werden können.

Angesichts dieser Erklärung und angesichts der Gefahren, die beim Nichtzustandekommen des Projektes der deutschen Währung drohen, werden die Besorgnisse, die aus der Ausgabe von Noten durch die Golddiskontbank entstehen, zurücktreten müssen. Die Golddiskontbank hat das Recht, bis zu 100 Millionen Goldmark Noten auszugeben. Diese Noten sind in Höhe von 50 Prozent einlösbar. Daß eine Inflation durch einen so geringfügigen Betrag entstehen könnte, ist ausgeschlossen. Die Noten sind aber, wie der Reichsbankpräsident wiederholt betonte, überhaupt kein Währungsgeld, vielmehr Devisenzertifikate. Sie dienen dazu, den entsprechenden Betrag der in Deutschland im Umlauf befindlichen fremden Noten einzuziehen und werden nicht auf deutsche Währung, sondern auf Sterling lauten. Mag ihr Betrag klein erscheinen: mit Recht ist geltend gemacht, daß 500 Millionen besser sind als 400 Millionen. Es ist zu hoffen, daß die im Hauptausschuß geäußerten Bedenken, durch diese einlösbaren Goldnoten der neuen mit der Reichsbank in engstem Zusammenhang stehenden Golddiskontbank könnte das Vertrauen in unsere Rentenmark erschüttert werden, sich nicht bewahrheiten.

Reparationsbank und Golddiskontbank.

Die Sachverständigen-Ausschüsse der Reparationskommission haben nicht nur die deutsche Leistungsfähigkeit zu prüfen. Ihre Aufgabe besteht vielmehr auch darin, Vorschläge für die Stabilisierung der deutschen Währung zu machen. Es ist bekannt, daß diese Sachverständigen diese Aufgabe durch die Schaffung einer endgültigen Goldwährung lösen wollen. Vom Standpunkte der Alliierten ist dieser Plan durchaus verständlich. Sie bedürfen der Goldwährung, um deutsche Guthaben für Reparationszwecke verwenden zu können. Die Reparationsbank soll gewissermaßen in einen großen Reparationstopf wertbeständiges Geld der deutschen Wirtschaft, d. h. Gold, sammeln und den Alliierten zur Verfügung stellen. Daß mit diesem Plan die größten Gefahren für die deutsche Wirtschaft verknüpft sind, ist klar. Wir werden uns stets auf den Standpunkt zu stellen haben, daß eine echte Goldwährung für uns erst nach erträglicher Lösung der Reparationsfrage und nach Wiederherstellung unserer Wirtschaft im Sinne des Ausgleichs von Aktiven und Passiven unserer Bilanz möglich ist, daß wir darüber hinaus mit allen Kräften Versuche einer Internationalisierung und Finanzkontrolle abweisen müssen. So klar diese Stellungnahme ist, es fragt sich, ob sie zur Abweisung des Schachtschen Projektes führen muß, weil durch dieses den Plänen der Alliierten Vorschub geleistet würde. Man wird über diese Frage in den nächsten Tagen noch eingehende Besprechungen haben. Durchschlagend dürfte die Erwägung sein, daß Deutschland auch für eigene Zwecke, nämlich Hebung der Kreditnot, aus eigenen Kräften — Auslandskredite, unter den oben geschilderten Bedingungen gewährt, sind ein Zeichen des Vertrauens auf deutsche Kraft — zunächst einmal eine deutsche Lösung des Problems hinstellt. Die Wirkung solch entschlossenen Handelns wird nicht ausbleiben, die Gefahr der Ausbeutung unserer Notlage dadurch nur verringert werden können. Im ganzen wird man daher das Schachtsche Projekt freudig begrüßen und hoffen, daß es bald verwirklicht werden kann. Nach den Ankündigungen im Hauptausschuß bedarf es dazu nur weniger gesetzlicher Bestimmungen, die noch in dieser Woche Rechtskraft erhalten sollen. Alle übrigen Voraussetzungen sind bereits gegeben. In einigen Tagen kann die Bank gegründet sein.

Aus Baden

Aenderungen im Schnellzugsverkehr.

Vom 15. März an werden die Schnellzüge D 281 / D 282 Frankfurt a. M.—Holland nicht mehr über Bebra—Kassel—Hamm, sondern über Gießen—Kabel—Hamm (Ruhr-Siegbahn) geleitet. D 281 fährt von diesem Tage an um 7.20 vorm. in Frankfurt a. M. ab und trifft mit Halt in Friedberg, Bad Nauheim, Gießen, Dillinburg, Kreuztal um 11.58 vorm. in Kabel ein. Ankunft in Hamm 1.03, in Bentheim um 3.02 nachm., Amsterdam an 7.32, Haag 8.16, Rotterdam 8.00 nachm. Der Gegenzug D 282 verläßt künftig Rotterdam 9.50, Haag 9.41, Amsterdam 10.30 vorm. (Amsterdamer Sommerzeit) und trifft um 10.54 nachm. in Frankfurt a. M. ein. Infolge des Wegfalles der Züge D 281 / D 282 auf der Strecke Frankfurt a. M.—Kassel werden die seit 12. November auf der Strecke Kassel—Hamburg beschränkten Schnellzüge D 73 / D 74 vom 15. März an wieder von und bis Frankfurt a. M. durchgeführt und zwar D 73 Frankfurt a. M. ab 6.53 vorm., D 74 Frankfurt a. M. an 11.04 nachm. Die im Anschluß von den Basler Schnellzügen D 41 / D 44 verkehrenden Schnellzüge D 47 / D 48 (München) Frankfurt a. M.—Gießen — Troisdorf — Köln ändern sich vom 15. März an wie folgt: D 47 Frankfurt a. M. ab 7.32 vorm., Köln Hbf. an 12.04 nachm. (W.E.Z.), D 48 Köln Hbf. ab 4.43 nachm. W.E.Z., Frankfurt a. M. an 11.13 nachm.

Im Zusammenhang mit den vorstehenden Fahrplanänderungen wird der Schnellzug D 44 Berlin—Frankfurt—Basel vom 15. / 16. März an früher gelegt und wesentlich beschleunigt, so daß er bereits um 6.38 vorm. in Basel S.B.B. eintrifft und daselbst die Frühschnellzüge nach allen Richtungen erreicht. Der Fahrplan gestaltet sich im einzelnen wie folgt: Frankfurt a. M. ab 11.41 nachm., Darmstadt 12.12, Bensheim 12.35, Weinheim 12.51, Friedrichsfeld Nord 1.07, Mannheim 1.25, Karlsruhe 2.33, Baden-Oos 2.54, Appenweier 3.25, Offenburg 3.41, Lahr-Dinglingen 3.59, Freiburg 4.48, Müllheim 5.17, Basel Bad. Bhf. 5.50 / 6.30, Basel S.B.B. an 6.38 vorm. In Basel S.B.B. werden hierdurch erreicht: Schnellzug 54, ab 7.05 vorm. nach Mailand—Genua und Rom; Schnellzug 308, ab 7.15 vorm. nach Bern—Interlaken, Lötschberg und Genf; Schnellzug 77, ab 7.10 vorm. nach Zürich—Chur, Schnellzug 275, ab 6.52 vorm. nach Winterthur—St. Gallen.

Tagung des Vereins höherer Finanzbeamten.

Karlsruhe, 12. März. Am Sonntag, 9. März, fand die 34. Jahresversammlung des Vereins höherer Finanzbeamten im Lande Baden in Anwesenheit von Vertretern gleicher Vereinigungen aus München, Stuttgart und Darmstadt bei sehr starker Beteiligung von Mitgliedern aus fast allen Teilen unseres Landes, geleitet von dem Vorsitzenden Oberfinanzrat Dr. Oswald-Karlsruhe, im großen Rathaussaale hier statt.

Eine sehr umfangreiche Tagesordnung befaßte sich außer dem allgemeinen geschäftlichen Teile mit der Organisation des Vereins und dessen Eingliederung in den Reichsbund der höheren Finanzbeamten, an deren Erörterung besonders Oberrechnungsrat Heuser, Landesfinanzamt, sowie die Vertreter der süddeutschen Nachbargruppen sich beteiligten.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, deren Erledigung sich bis nach 2 Uhr mittags ausdehnte, gab Anlaß zu einer Aussprache über den Beamtenabbau in Baden. Hierbei wurde ganz besonders über die unnötige Verschärfung dieser Maßnahmen im Bereiche der badischen Finanzverwaltung und besonders bei der Domänenabteilung unter voller Billigung der Versammlung berechtigte Klage geführt und dabei nachgewiesen, daß an den 12 Domänenämtern des Landes 5 Dienstvorstände, d. i. einschließlich der Verminderung von 2 Referentenstellen bei der Domänenabteilung über 50 Prozent der Oberbeamten — darunter 2 unter 60 Jahren — in den Ruhestand versetzt wurden, und das in einer Verwaltung, bei welcher infolge der im Jahre 1908 erfolgten Aufhebung des Staatsexamens für den höheren Finanzdienst ein bereits fühlbarer Mangel an Nachwuchs besteht, so daß sich die Finanzverwaltung bei der Besetzung von Vorstandsstellen mit im Bezirksdomänendienste nicht geschulten Beamten behelfen muß. Besonders getadelt wurde das Vorgehen der obern Verwaltung beim Abgang der ältern Dienstvorstände mit zum Teil bis zu 40jähriger Dienstzeit, wobei man wahrlich auf alles andere als auf die so bitter notwendige Schonung der finanziellen Mittel des Landes Rücksicht genommen habe.

Eine in diesem Sinne aus der Mitte der Versammlung beantragte Resolution an das Finanzministerium fand allgemeine Zustimmung. An die Beratungen schloß sich erstmals wieder seit einer Reihe von Jahren ein gemeinsames Mittagessen in den oberen Räumen des Restaurants Rothausbräu — Deutscher Hof — an. Vor dem Abgang der Abendzüge vereinigten sich noch die Teilnehmer — die Karlsruher Kollegen mit ihren Damen — im Tiergartenrestaurant bei einem gemütlichen Kaffee. Hoffen wir bei kommenden Jahresversammlungen wieder bessere Zeit für unser armes deutsches Vaterland.

*

lz. **Heidelberg**, 12 März. (Drahtb.) Durch Entgleisung einer Leerlokomotive zwischen dem Hauptbahnhof Heidelberg und dem Gaisbergtunnel ist die Strecke Heidelberg—Würzburg—Berlin seit heute mittag 2 Uhr 50 Minuten unterbrochen. Der Verkehr wird durch Umleiten über die Gütergeleise durch das neue Tunnel zwar aufrecht erhalten, doch entstehen große Zugverspätungen. Die Entgleisung ist durch Bruch der Weiche verursacht worden. Das Lokomotivpersonal wurde nicht verletzt.

Heidelberg, 12. März. Hier wurde eine Ortsgruppe des Pfälzer Waldvereins gegründet.

Mannheim, 12. März. In den Tagen vom 17. bis 19. März findet hier die Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine unter dem Vorsitz von Frau Dr. Marianne Weber-Heidelberg statt. Die Tagung steht unter dem Hauptthema „Wirkung der sozialen und wirtschaftlichen Umschichtung für die Frau und die Familie". Sie beginnt am Montag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr. Im Anschluß an die Generalversammlung findet am Mittwoch, den 19. März ein Frauenberufstag statt, einberufen vom Frauenberufsamt und der Berufssektion des Bundes Deutscher Frauenvereine.

Oberkirch, 12. März. Schon seit Jahren besteht der Plan, die jetzt in Oppenau endigende Nebenbahn talaufwärts zu verlängern, um die im oberen Renchtal liegenden Kniebisbäder Freyersbach, Peterstal und Griesbach an den Verkehr anzuschließen. Neuerdings haben nun wegen des Weiterbaus wieder Verhandlungen beim Reichsverkehrsministerium stattgefunden mit dem Erfolg, daß die Linie zunächst bis Peterstal ausgebaut und möglichst bis zum kommenden Herbst fertiggestellt werden soll. Außer den Kniebisbädern wird auch die Gemeinde Ibach angeschlossen. Von Griesbach führt aus dem vor allem durch Holzreichtum bekannten Renchtal die große Kniebisstraße auf den Kniebis mit der Gabelung nach Freudenstadt ins württembergische und nach dem südlichen Kniebisbad Rippoldsau zur Station Wolfach im badischen Kinzigtal.

Freiburg, 12. März. (Drahtb.) In der hiesigen Festhalle befindet sich gegenwärtig eine interessante Ausstellung aller Notgeldscheine, die je in Deutschland ausgegeben wurden. Man zählt etwa 3000 deutsche Ausgabestellen.

Freiburg, 12. März. Die Schwester des ehemaligen Großherzogs von Baden, Königin Viktoria von Schweden, weilte in diesen Tagen zum Besuch des Großherzogspaares hier in Freiburg und trat darauf mit dem König von Schweden eine Auslandsreise an.

Waldkirch, 12. März. In der Nacht zum Dienstag ist der Versuch gemacht worden, an dem Hause der ehemaligen Holltischen Färberei an der Elz Feuer zu legen. Der Brand, der rechtzeitig bemerkt wurde, konnte durch Nachbarn gelöscht werden. Von dem Täter hat man bisher noch keine Spur.

Bonndorf, 12. März. Eine hübsche Abbaugeschichte kann von hier berichtet werden. Auf 1. März war beim hiesigen Postamt der Oberpostschaffner Maier pensioniert worden. Für den bis jetzt von ihm versehenen Postgang nach dem Dorfe Grafenhausen wurde ein Aushelfer gesucht. Zu diesem Posten meldete sich niemand außer dem abgebauten Postschaffner. Nun stapft er wieder täglich mit der umgehängten Posttasche nach dem zweieinhalb Stunden von Bonndorf liegenden Grafenhausen, freilich nicht mehr als Oberpostschaffner, sondern als Aushelfer.

Die Haßpropaganda in der französischen Schule.

Von Professor Dr. **Rühlmann**-Berlin.

II.

Es ist ein leichtes, hunderte von Beispielen der Verhetzung durch die französischen Schulbücher der Nachkriegszeit aufzuzählen. Geradezu anreizend hierzu wirkt die Tatsache, daß in allen Neuauflagen der „große Krieg" behandelt sein muß. Diese Kapitel sind der Tummelplatz für chauvinistische Instinkte. Das Dreigestirn Poincaré, Joffre, Clemenceau wird in diesen Abschnitten stets gefeiert als „les artisans de la victoire du Droit". Die Feinde Frankreichs, die Deutschen, Oesterreicher, Türken sind selbstverständlich „entehrt für die Augen der ganzen Welt und verdienen durchaus den Namen Barbaren". Grundsätzlich werden die Deutschen kaum anders als Boches bezeichnet. Claude Manzey hat sogar ein ganzes Lesebuch hierüber zusammengestellt. Der charakteristische Titel lautet: „Les petites boches". Der Inhalt ist geradezu eine Blasphemie gegenüber jedem kindlichen Empfinden. Ueberhaupt ist die französische erzählende Jugendliteratur, ich nenne nur einige: Petites Livres Roses pour la Jeunesse; Pouck (roman pour la jeunesse); Lettres de Thérèse, l'ange de la famille par Toriani, vollkommen durchtränkt von Chauvinismus. Seltsam berührt auch die Tatsache, daß die katholische Kirche, wenigstens in einzelnen Gliedern, diesen Hexensabbat mitmacht; zum Beweise sei angeführt das dem Erzbischof von Tours gewidmete Buch des Abbé Bretonnean „L'apôstolat de la jeunesse". Hier lese man das Gebet der Kleinen, der von Deutschen die Hände abgehackt sind, sowie das Gebet des Kindes, das ein Engel sein möchte, nur um auf Berlin Bomben schleudern zu können. Jeder religiös Empfindende wird solche Aeußerungen als schlimmste Häresie ablehnen. Daß Belgien hinter dem großen Bruder nicht

Der Text zu vorstehendem Bild:

1. Combien d'enfants voyez wous? — 2. Que faisaient-ils quand les Allemands sont arrivés?— 3. Pourquoi le soldat allemand tire-t-il sur l'enfant? — 4. Qui aperçoit-on dans la petite maison? — 5. Un soldat français aurait-il agi ainsi?

1. Wieviel Kinder seht ihr? — 2. Was taten die Deutschen, als sie einrückten? — 3. Warum schießt der deutsche Soldat auf das Kind? — 4. Wen bemerkt man in dem kleinen Haus? — 5. Hätte ein französischer Soldat so gehandelt?

zurückbleiben mag, das zeigt der famose Atlas-Manuel de Géographie von Alexandre et de Rève, der 1922 in 9. Auflage vorlag, und der die germanische Rasse neben anderen Unglaublichkeiten als „une race de brigands, de voleurs et d'assassins" bezeichnete, die „moralisch hinter den Negern und Papuas rangierte". Die außerordentlich hohe Auflagenzahl der Bücher läßt erkennen, daß diese doch gern verwendet werden. Der Einwand, den man wohl aus deutschen Lehrerkreisen hört, daß die französische Volksschullehrerschaft diese Haßerziehung zum Teil scharf verurteilt habe, verliert viel von seiner Berechtigung, wenn man diese großen Auflagenziffern betrachtet. Auch die andere Einrede ist nicht stichhaltig, daß diese Haßerziehung eine gewisse Erklärung in der Kriegspsychose findet, daß nach dem Weichen des furchtbaren Kriegsdruckes das freiheitlich gesinnte Frankreich von selbst einsehen werde, daß eine solche Jugenderziehung nicht vor dem Richterstuhle der Pädagogik bestehen könne und besonders auch vom Standpunkt der Moral die allerschärfste Verurteilung erfahren müsse. Das Gegenteil ist auch hier, wie oben gezeigt, richtig. Ein Schulbuch wie Brunos Tour de l'Europe, das vor dem Kriege angenehm auffiel wegen seiner freien Haltung gegenüber jedem Nationalismus, huldigt heute mehr denn je der wildesten Schulverhetzung. Es ist leider Tatsache, das französische Volk billigt diese Haßerziehung auch heute noch zum weitaus größten Teil. An dieser Tatsache vermag auch der Protest vernünftig denkender Leute wie Anatole France, General Perein usw. nichts zu ändern. Entscheidend ist, daß die französische Staatsautorität diese Form der Erziehung, wenn nicht begünstigt, so zum mindesten duldet. Und zwar aus guten Gründen: Frankreich mußte in Washington dem Druck der Abrüstungsbestimmungen nachgeben. Nun versucht es sich einen Ersatz durch die Militarisierung der Staatsschulen zu beschaffen. Vom 1. April bis zum 16. Mai 1923 fand z. B. in allen Schulen Frankreichs das allgemeine Schulschießen um den 28. Ehrenpreis statt. Ein Rundschreiben der Militärverwaltung vom 14. Juni 1921 fordert an den höheren Schulen, daß die 14- bis 18-jährigen unterwiesen werden u. a. über die 37 Millimeter-Kanonen, das Maschinengewehr, die Militärgeographie Frankreichs, die Tanks, die Verwendung von Artillerie usw. Nimmt es bei dieser Geistesverfassung Wunder, wenn in Paris jüngst in einem Spielwarengeschäft in der Rue de Rome ein Spielzeug ausgehängt war mit dem folgenden Zettel: „Mitrailleuse für Kinder, tötet 20 Boches in der Minute". Ist es ferner verwunderlich, wenn eine französische Fachzeitschrift in einer kinderpsychologischen Analyse der verschiedenen Nationen als besonderes Charakteristikum der französischen Kinder gegenüber englischen und amerikanischen desselben Alters die „Todesvorstellung, die Begräbnisstimmung" bezeichnet.

Ronnefeldt's Tee
aromatisch und ausgiebig
billig im Verbrauch

Aus dem Stadtkreise

Todesfall. Im Alter von 75 Jahren ist der frühere kommandierende General des 14. (Badischen) Armeekorps, Ernst W. Hoiningen gen. Huene, gestorben. Der Entschlafene war im Jahre 1868 in den preußischen Heeresdienst eingetreten und u. a. drei Jahre hindurch, von 1882 bis 1885, zur Botschaft in London kommandiert, später deutscher Militärattaché bei der englischen Armee in Indien und hierauf Militärattaché bei der Botschaft in Paris. Im Jahre 1888 wurde der Verstorbene dann zum Flügeladjutanten des Kaisers ernannt, wurde später in den Generalstab der 29. Division versetzt, dann Chef des Generalstabes des 16. Armeekorps, Kommandeur des hessischen Leibgarderegiments, Kommandeur der 53. Infanteriebrigade, dann Kommandeur der 30. Division und wurde schließlich im Jahre 1907 zum General der Infanterie und zum kommandierenden General des 14. Armeekorps ernannt. Als junger Leutnant hatte er den Feldzug 1870/71 mitgemacht und dabei das eiserne Kreuz 2. Klasse erworben.

Die Bilder in unserem Schaufenster, Ritterstraße 1. Schluß des Berliner Sechs-Tage-Rennens. Das beschädigte amerikanische Zeppelinluftschiff Shenandoah. Zur ersten Sitzung der Sachverständigen-Kommission. Ein Versuch in der amerikanischen Armee mit Flammen-Bomben. Aus den astronomischen Werkstätten der Carl Zeiß-Werke in Jena. Zur Unterzeichnung des Vertrages Italien-Südslavien-Fiume. Wilson † am 3. Februar 1924. Venizelos ist endgültig zurückgetreten. Ein Diner des Pilgrims-Club zu Ehren des amerikanischen Gesandten in London und des englischen Gesandten in Washington.

Die Wunder der Sternenwelt. Die Ankündigung, daß Herr Ernst Mühlbach von der Urania-Hamburg über die Wunder der Sternenwelt sprechen werde, lockte am Dienstag abend eine zahlreiche Hörerschaft in den Eintrachtsaal. Der Vortragende gab zu Beginn einen Einblick in die Kant-Laplacesche Theorie, die die Entstehung des Weltalls durch die Nebularhypothese erklärt. Dann ging er zur Atomtheorie über, wonach jedes einzelne Atom ein Planetensystem für sich darstellt, das auch zertrümmert werden oder spontan radioaktiv zerfallen kann. Die Relativitätstheorie stellt sich auf den Standpunkt, daß die Materie in gewissem Sinne Energieverdichtung ist, d. h. daß bei der Zerstörung eines Atomverbandes Energie frei werden muß. Leider haben wir, so bemerkt der Redner, diese Zerfallprozesse nicht in unserer Hand, sonst wäre es möglich, mit wenigen Gramm Kohlen den ganzen Winter hindurch dem Heizbedürfnis unserer Stadt zu genügen. Die Ausführungen des Herrn Mühlbach über die verschiedenen Anschauungen hinsichtlich der Entstehung und des Aufbaues unseres Weltsystems waren auch für Laien sehr interessant und wurden durch treffliche Lichtbilder aus dem Bereiche unserer Planeten unterstützt.

Schutz der einheimischen Pflanzenwelt. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat in einem Erlaß alle Schulen angewiesen, dem Schutze der einheimischen Pflanzenwelt ein besonderes Augenmerk zu widmen. Vor Schulschluß und no chvor Beginn des Frühlings werden die Schüler und Schülerinnen auf den Nutzen und die Pflege der Pflanzenwelt hingewiesen. Nicht nur im Rahmen des naturwissenschaftlichen Unterrichts, sondern auch im Sinne einer staatsbürgerlichen Gemeinschaftserziehung sollen die Schüler vor allem der oberen Klassen auf den gebotenen Schutz der einheimischen Pflanzenwelt in geeigneter Form hingewiesen werden. Außerdem hat der Kultusminister in einem Schreiben an das Ministerium des Innern angeregt, den Verkauf von Waldblumen soweit wie irgendwie möglich, mit Rücksicht auf ein gedeihliches Weiterbestehen der Waldpflanzen einzuschränken.

Brennholzspende Prinz Max von Baden hat aus seinen Waldungen bei Maxau 60 Ster Brennholz für die bedürftigen Angehörigen des Mittelstandes der Stadt Karlsruhe dem Oberbürgermeister in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. Die Verteilung erfolgt durch das Fürsorgeamt.

Veranstaltungen.

Vortrag „Technik und Kultur". Der erfahrene Techniker, der für den am Samstag, 15. März, im großen Rathaussaale stattfindenden Vortrag gewonnen ist und der z. B. auch mehrere Jahre beim Bau der interessantesten Strecken der bad. Muratalbahn tätig war, zugleich aber auch einer so hervorragend kulturbildenden Gemeinschaft angehört, wie der Freien Waldorfschule Stuttgart, wird tiefe Blicke in die geistigen Zusammenhänge von Technik und Kultur tun lassen können. (Siehe die Anzeige.)

Vortrag über Jugendherbergen. Heute abend findet im Chemiesaal der Technischen Hochschule ein öffentlicher Lichtbildervortrag statt, der unter dem Namen „Von Jugendherberge zu Jugendherberge durchs Badnerland" vom Lehrerturnverein veranstaltet wird. Der Vortrag dürfte besonders die Jugend und die Freunde des Wanderns interessieren, zumal der Eintrittspreis nieder gehalten ist.

Aufführung des „Columbus". Auf die am Sonntag, 16. März, nachm. ½3 Uhr in der Städt. Festhalle stattfindende Aufführung von H. Zöllners „Columbus" für Männerchor, Soli, großes Orchester und Orgel unter Leitung des Musikdirektors Willy Eiffler, sei hingewiesen. Der Männerchor der „Volkssingakademie Karlsruhe ist durch Hinzuziehung der Vereine „Vorwärts Durlach", „Eintracht Etlingen" und „Freiheit Forchheim" auf die Stärke von 500 Stimmen gebracht. Als solistische Kräfte wirken mit Kammersänger R. Beyrauch (Columbus), Hilde v. Alvenburg-Eberbach (Felipa), Opernsänger E. Kalnbach (Rodr.). Den instrumentalen Unterbau bildet das gesamte Landestheaterorchester, während die Orgel von Direktor Th. Munz gespielt wird. Die Eintrittspreise sind äußerst mäßig, um weiten Kreisen den Besuch zu ermöglichen. (S. d. Anz.)

Zusammenkunft der Schleswig-Holsteiner. Der Jahrestag der Abstimmung ist der Anlaß zu einer heute abends 8 Uhr im „Landsknecht" (Zirkel) II. Stock stattfindenden Zusammenkunft der Schleswig-Holsteiner. Die Landsleute treffen sich in der Plattdeutschen Vereinigung, die der Sammelplatz für künftige regelmäßige Zusammenkünfte werden soll. Die Ziele liegen in der Richtung des Artikels „Ein nachahmenswerter Aufruf", der in der Mittwoch-Morgenausgabe des „Tagblattes" veröffentlicht wurde.

Verein für das Deutschtum im Ausland. Die Frauen- und Mädchengruppe des Vereins für Deutschtum im Ausland veranstaltet am Samstag, den 15. und Sonntag, den 16. März jeweils abends 7½ Uhr einen Deutschen Abend. Der Erlös dient der Erhaltung des Deutschtums im Ausland. Karten bei Fritz Müller, Musikalienhandlung und an der Abendkasse.

Die „Abgebauten" Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten von ganz Baden treffen sich zu einer wichtigen Besprechung Sonntag, 16. März, vorm. 11 Uhr zu Karlsruhe, Goldener Adler beim Rathaus.

Standesamtlich-Auszüge.

Sterbefälle. 11. März: Franziska Kappler, Hausangestellte, alt 54 Jahre. 12. März: Hans Mach, Dipl.-Landwirt, alt 25 Jahre; Franziska Brunner, ohne Beruf, ledig, alt 64 Jahre.

Schule und Kirche

Die Aufnahme von Schülern in die Höheren Lehranstalten. Der Minister des Kultus und Unterrichts hat an die Direktionen der Höheren Lehranstalten folgende Bekanntmachung gerichtet: Die ausnahmslose Durchführung der Bestimmungen des Grundschulgesetzes, wonach an Ostern 1924 Kinder nur nach Erledigung der vierjährigen Grundschule in die Höheren Schulen aufgenommen werden sollten, hat in mehreren Ländern zu Schwierigkeiten geführt. Die Reichsbehörde hat deshalb auf Grund einer Ermächtigung des Reichstages für das Schuljahr 1924/25 nochmals Uebergangsmaßnahmen zugelassen. Die veränderte Sachlage gibt Veranlassung, für Baden unter Aufhebung des dritten Absatzes der Bekanntmachung vom 18. Januar 1923 folgendes zu bestimmen:

1. Ausnahmsweise können an Ostern 1924 neben den Kindern, die der vierjährigen Grundschulpflicht voll genügt haben, besonders begabte Schüler und Schülerinnen in die Höheren Schulen aufgenommen werden, wenn sie an Ostern 1921 nach den §§ 2, 3 und 9 der Schulordnung für die Volksschulen vom 12. Dezember 1913 zum Eintritt in die Volksschule ver-

2. Die Aufnahme ist in allen Fällen von dem Bestehen einer Aufnahmeprüfung abhängig zu machen. Die Aufnahme der ausnahmsweise zur Prüfung zugelassenen Kinder darf nur erfolgen, wenn das Prüfungsergebnis „gut" gewesen ist. Um ein sicheres Urteil über die Leistungen dieser Schüler gewinnen zu können, ist daher deren Prüfung besonders eingehend zu gestalten und sorgfältig durchzuführen.

3. In der Aufnahmeprüfung (§ 10 der Schulordnung für die Höheren Lehranstalten vom 8. März 1904) ist nachzuweisen:

a) Fertigkeit im Lesen des Deutschen in deutscher und lateinischer Druckschrift;
b) Uebung im orthographischen Niederschreiben diktierter deutscher Sätze, sowie Fertigkeit im Gebrauch der lateinischen Schrift;
c) Kenntnis der vier Rechnungsarten in unbenannten Zahlen im Rahmen der dritten Klasse einer Volksschule.

Die Aufnahme erfolgt in jedem Falle auf Probe bis Pfingsten.

Gerichtssaal

Banknotenfälscher vor Gericht.

=**Konstanz**, 12. März. (Drahtber.) Vor der Strafkammer hatten sich gestern vier Banknotenfälscher zu verantworten, der 39 Jahre alte verheiratete Telegraphenleitungsaufseher Eugen Schmidt, der verheiratete 30 jährige Kaufmann August Saier, der ledige 28 jährige Maschinenmeister Andreas Dilger und der 48 jährige verheiratete Elektrotechniker Friedrich Schlesinger, alle in Konstanz wohnhaft. Die Angeklagten sind beschuldigt, im Dezember vorigen Jahres teils auf dem Zimmer des Dilger, teils im Keller von Geschäftsräumen 2400 falsche schweizerische Fünffrankennoten angefertigt zu haben. Von den angefertigten falschen Scheinen wurden 600 als schlecht sofort vernichtet. Die übrigen 1800 Scheine wurden mit Nummern versehen und in Kaffee- bezw. Zichorienwasser gebräunt. Schlesinger erzählte die Sache seiner Frau, mit der er in Scheidung lebte. Diese ersuchte ihn in der gleichen Nacht, am 12. Dezember, mit ihr auf der Polizei Anzeige zu erstatten. Anderen Tages sollten die Noten ausgegeben werden. Infolge der Anzeige und Verhaftung der Fälscher kamen keine Banknoten in Umlauf. Das Gericht verurteilte den Schmidt zu 2½ Jahren, Saier zu 2 Jahren, Dilger 2½ Jahren und Schlesinger zu 9 Monaten Gefängnis abzüglich 11 Wochen Untersuchungshaft. Außerdem wurden allen Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Versetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Ministerium des Innern.

In den Ruhestand versetzt: Verwaltungsinspektor Wilhelm Seiter beim Bezirksamt St. Blasien.

Justizministerium.

Versetzt: Die Oberamtsrichter August Büchner in Villingen nach Konstanz und Wilhelm Greiner in Säckingen nach Karlsruhe, die Amtsrichter Dr. Wilhelm Heuß in Offenburg nach Säckingen und Gustav Ernst in Triberg nach Offenburg.

Gerichtsverwalter Wilhelm Ullrich beim Amtsgericht Mannheim zum Landgericht daselbst; die Justizinspektoren Gustav Faubel beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Bruchsal, Marzell Kaminski und Friedrich Link beim Amtsgericht Konstanz zur Staatsanwaltschaft daselbst; die Justizobersekretäre Friedrich Lochert und Franz Schladerer bei der Staatsanwaltschaft Konstanz zum Amtsgericht daselbst, Hermann Henninger beim Amtsgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Baden und Josef Spiegelhalder beim Amtsgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Radolfzell; Justizsekretär Josef Knapp beim Notariat Langensteinbach zum Notariat Ettlingen; die Kanzleisekretäre Jakob Junker beim Notariat Offenburg zum Amtsgericht daselbst, Christian Maag beim Notariat Haslach zum Landgericht Offenburg; die Justizassistenten Nikolaus Kirschner beim Notariat Gochsheim zum Notariat Bruchsal und Karl Leonhardt beim Amtsgericht Gernsbach zum Amtsgericht Mannheim; Kanzlistin Paula Rottermehl beim Notariat Baden zum Amtsgericht Rastatt.

Zurückgesetzt auf Ansuchen: Gerichtsverwalter Albert Ruch beim Amtsgericht Schönau.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Versetzt: Finanzoberinspektor Konrad Weiler bei der Hauptkasse des Landestheaters zur Domänenabteilung des Finanzministeriums, Finanzinspektor Karl Killius bei der Staatsschuldenverwaltung zur Hauptkasse des Landestheaters

In den einstweiligen Ruhestand versetzt: Vorstand der Universitätskasse Freiburg Oberrechnungsrat August Münchbach, Finanzinspektor Gustav Eberhard bei der Katholischen Stiftungsverwaltung, Karlsruhe.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt: Den Direktor der Landeshauptkasse Wilhelm Erhardt in Karlsruhe unter Verleihung der Amtsbezeichnung Domänenrat zum Vorstand des Domänenamts Heidelberg, den Domänenrat Johann Ehrler in Kehl zum Vorstand des Domänenamts Bruchsal, den Domänenrat Rudolf Wetzler in Emmendingen zum Vorstand des Domänenamts Offenburg, den Domänenrat Emil Groll in Karlsruhe zum Vorstand des Domänenamts Karlsruhe und den Finanzrat Otto Rheinbold in Karlsruhe unter Verleihung der Amtsbezeichnung Domänenrat zum Hilfsarbeiter bei der Domänenabteilung.

Forstabteilung.

Übertragen: Die Forstämter Walldürn dem Forstmeister Gustav Hambrecht in Hardtheim, Eberbach dem Forstmeister Frh. Albrecht v. Göler in Neckarbischofsheim, Durlach dem Forstmeister Adolf Kraft in Mannheim, Odenheim dem Forstmeister Berthold Becker in Stein, Philippsburg dem Forstmeister Theodor Bassermann in Kork, Wiesloch dem Forstmeister Eduard Ihrig in Bad Peterstal, Neckargemünd dem Forstmeister Philipp Reinhardt in Neckargemünd, Schönau in Neckargemünd dem Forstmeister Frh. Dr. Georg v. Schauenburg in Donaueschingen, Uhlingen dem Forstrat Faist in Karlsruhe.

ferner folgenden II. Beamten der Forstverwaltung unter Ernennung zu Forstmeistern übertragen: die Forstämter Schwetzingen dem Forstamtmann Ludwig Gillardon in Karlsruhe, Bad Peterstal dem Forstamtmann Karl Grether in Wiesloch, Blumberg in Donaueschingen dem Forstamtmann Karl Koch in Ottenhöfen, Renchen dem Forstamtmann Alexander Fritsch in Karlsruhe.

Ernannt: den II. Beamten der Forstverwaltung, Hilfsarbeiter bei der Forstabteilung Karl Müller, zum Vorstand des Forstamts Weinheim.

Sport-Spiel

Fußball. Die **Spielvereinigung Fürth** hat zwei wertvolle „Erwerbungen" gemacht. Nach sechsmonatiger Pause wird der internationale Mittelläufer Lang wieder seinen Posten bei seinem alten Klub einnehmen. Die Torwächterfrage, die bei der Spielvereinigung von jeher akut war, ist jetzt gelöst. Neger vom M.T.V. Fürth steht zwischen den Pfosten. Er stellt gute Klasse dar.

Badische Waldlaufmeisterschaft. Der Badische Landesverband für Leichtathletik hat die Durchführung der diesjährigen Waldlaufmeisterschaft dem Leichtathletikverein Baden-Baden übertragen. Nachdem am vergangenen Sonntag in allen Bezirken des Verbandes die Bezirkswaldlaufmeisterschaften durchgeführt worden sind, wird die Badische Waldlaufmeisterschaft nun am kommenden Sonntag in Baden-Baden ausgetragen. An den Bezirkswaldlaufmeisterschaften beteiligten sich über 200 Läufer, ein Beweis, wie sehr das Interesse dafür von Jahr zu Jahr wächst. Die Frage der Meisterschaft steht offen. Große Aussicht auf Erfolg wird unser Karlsruher Läufer Amberger von FC. Phönix, dann aber auch Ortner von KFV. haben; beide haben sich am vergangenen Sonntag in Bretten ein scharfes Rennen geliefert, das Amberger vermöge seiner ausgezeichneten Taktik für sich entscheiden konnte. Der Meister des Vorjahrs, Sabjetzki von Freiburg wird ebenfalls am Start erscheinen. Einen Anwärter auf die Meisterschaft wird auch Haitz VfR. Mannheim abgeben, sowie die Mannschaft der bekannten Mannheimer Turnvortgesellschaft. Die Kurverwaltung Baden-Baden hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, Start und Ziel in den Kuranlagen zu verlegen. Vor und nach der Austragung der Meisterschaft finden Schüler-Staffelläufe statt, zu denen wertvolle Wanderpreise gestiftet worden sind.

Aus Kurorten.

Baden-Baden. Die Zahl der Kurgäste beträgt bis heute 4719 Personen.

Tagesanzeiger

Donnerstag, den 13. März 1924.

Bad. Landestheater: „Götz von Berlichingen", 7 bis gegen 11 Uhr.
Kleiner Festhallesaal: Kammermusikabend des Münchener Gitarren-Quartetts.
Geschichtsvortrag von Geh. Rat Heußner, Luisenschule, 5 Uhr nachm.
Jugendherbergsabend mit Lichtbildern, Chem. Hörsaal der Techn. Hochschule, 8 Uhr.
Kath. Dt. Frauenbund: Öffentl. Vortrag von Frl. H. Schlechter, Gr. Rathaussaal, 8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele: Neues Programm.
Bad. Schwarzwaldverein: Hauptversammlung, Moninger-Gartensaal, 8 Uhr.
Zentralverband der Angestellten: Allg. Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Versteigerungen und Verpachtungen

am 14. März 1924.

Schützenhaus: Stammholzversteigerung, 9 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Gummi auf der Deutschlandfahrt. Wie allgemein bekannt, hat die großzügig angelegte Veranstaltung in Köln ihren Abschluß gefunden. Schon jetzt kann behauptet werden, daß diese Materialprüfungsfahrt ein glänzendes Zeugnis für den weitverbreiteten und erprobten Excelsior-Reifen darstellt. Er hat in dieser 17tägigen Fahrt bei Wind und Wetter, Eis und Schnee auf den denkbar schlechtesten Straßen wieder glänzend seine Zuverlässigkeit bewiesen. Von den seinerzeit in Köln gestarteten 25 Fahrern auf Excelsior-Reifen haben 24 das Ziel in Köln passiert. In der Klasse der Kleinkrafträder hat die beste Wertung Seifert auf DKW mit Excelsior-Reifen erzielt.

Den Ehrenpreis der Stadt Köln als bester Kölner Fahrer auf deutscher Maschine errang Knibbecke auf Krieger-Gnädig. 11 der gestarteten Fahrer auf Excelsior-Reifen erhielten die goldene, 5 Fahrer die silberne und 8 Fahrer die bronzene Medaille des Clubs für Motorsport in Köln.

Es ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß sich an diese vorläufigen Erfolge des Excelsior-Reifens noch weitere anläßlich der Deutschlandfahrt anreihen werden, da das endgültige Ergebnis der Sieger in den einzelnen Klassen bis zur Stunde noch nicht feststeht.

Nachgefüllt ist MAGGI's Würze **billiger**

man achte aber darauf, dass die Würze aus MAGGI's grosser Originalflasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gesetzlich nichts anderes als MAGGI's Würze feilgehalten werden.

Lebensbedürfnis verein Karlsruhe E.G.m.b.H.
Alle Sorten
Gemüse- und Blumen-Samen
nur ganz frische Ware billigst.
34 Filialen

Lohnsteuer-Konten
den neuesten finanzamtlichen Vorschriften entsprechend, auch als Lohn- bezw. Gehaltsliste verwendbar, ferner
Bescheinigungen über die monatlich abgelieferten Steuerabzugsbeträge
vorrätig bei
C. F. MÜLLER
(Tagblatt-Druckerei)
Karlsruhe i. B. Ritterstraße 1

Für die mir anläßlich meines 75 Geburtstages von allen Seiten zugegangenen Glückwünsche sage ich auf diesem Wege herzlichsten Dank
Frau Mina Bischof,
geb. Becker.

Trauer-Hüte
in jeder Preislage stets vorrätig.
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Trauerbriefe
jeder Art liefert rasch und in tadellose Ausführung
Tagblatt-Druckerei, Ritterstr. 1, Fernspr. 297

Statt jeder besonderen Anzeige.
Heute früh entschlief nach längerem Leiden mein geliebter Mann
Ernst Freiherr von Hoiningen gen. Huene
Kgl. Preuß. General der Infanterie a. D.
Darmstadt, den 11. März 1924.
Wilhelminenstr. 44
Ilma Freifrau von Hoiningen gen. Huene
geb. Freiin von Gienanth.